

Bilanz einer Artikelsammlung (2009 - 2011) zu Kapitalismus und Finanzkrise, zusammenfassend erarbeitet von Peter Struck

## **Kapitalismus-Krisengespenst**

### **Krisengespenst "Finanzkrise" - Wie begegnet es Verursachern und Betroffenen?**

#### **- Wie bekämpfen?**

In der Misere fehlt sowohl eine umfassende Analyse als auch das Entwickeln einer begründeten haltbaren Strategie, ihr effektiv zu begegnen. Für die Verursacher war und ist weiterhin das Ziel nichts anderes als maximaler Gewinn. Und stetige Propagierung der alten Phrasen soll in den Köpfen der schmerzhaft Betroffenen weiter verankern, dass Marktwirtschaft + Kapitalismus alternativlos seien.

Aber uns muss es um den Schutz der Demokratie vor dem Kapitalismus gehen, um Grundsatzfragen, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Wie können wir es anpacken?

### **Ein Gespenst geht um in Europa und der Welt – das Gespenst einer Banken- und Finanzkrise ungeheuren Ausmaßes. (\*1)**

So war es seit 2008 und auch vor einem Jahr, heute scheinen wir uns schon daran zu gewöhnen.

Alle Mächte schienen sich zu einer heiligen Hetzjagd zu verbünden auf dieses Gespenst, aus Besorgnis, was mit ihren Billionen Dollar wohl geschehen wird. Sie verkündeten, dass das Gespenst unerbittlich bekämpft werden muss, dass alle Bürgerinnen und Bürger, vom reichen Banker bis zur letzten Putzfrau dafür große Opfer zu bringen haben. Jene allerdings, die das Gespenst erst geschaffen haben, kooperieren jetzt mit ihm, die Aktienbesitzer und Banker, die Spekulanten und Vorstände.

Das Gespenst bedroht vor allem die Arbeiter und Angestellten und erst recht alle, die am Rande der Gesellschaft leben, hier und mehr noch in den schwächeren Industriestaaten und besonders in der dritten Welt. Überall drohen Arbeitslosigkeit oder Unsicherheit in mies bezahlten Jobs, teurer Lebensunterhalt und das Ende jeder solidarischen Gesundheits- und Sozialpolitik.

Längst nicht so sehr ängstigt die Krise die Kapitalisten und Spekulanten, die Heuschrecken und Finanzgenies. Obwohl sie es doch waren, die die hart erarbeiteten Überschüsse überall auf der Welt in abenteuerlich absurden Spekulationen verbrannt und in irrwitzige Boni für sich selbst verwandelt haben und die ganze Volkswirtschaften in den Ruin treiben.

**Verstörend in der Krise** ist das Fehlen einer umfassenden Analyse als auch das Entwickeln einer begründeten haltbaren Strategie, wie ihr effektiv zu begegnen ist. Die Regierungen zielen lediglich auf geringfügige, aber teure Reparaturen zugunsten der stärksten Lobby, also vorrangig für die Banken. Diese und die Spekulanten wissen, was sie wollen, möglichst weitermachen wie bisher – und das Karussell mit allen Arten „Wertpapiere“ wie Aktien, Rohstoffspekulation, Schuldverschreibungen und den auch geduldeten kriminellen noch mehr spekulativen Aktionen wie Leerverkäufen und Finanzwetten läuft weiter auf vollen Touren.

Die Hintergründe der seit mehr als einem Jahrzehnt immer drastischer durchgesetzten „freien“ (sprich: nur profitfixierten) Finanzwirtschaft mit unverantwortlichen Bankenkonzentrationen, Kreditpraktiken und Finanzrettungsschirmen werden kaum offen gelegt, noch in Frage gestellt. Ein Ergebnis dieser Finanz- und Wirtschaftspolitik ist die Verschuldung ganzer Staaten, wie wir sie jetzt erleben, durch und gegenüber Banken mit unvorstellbaren Summen. Sie machen teils ein Vielfaches des nationalen Bruttosozialproduktes aus und

können von den Bürgern dieser Staaten über Generationen nicht zurückgezahlt werden. Statt die Vermögen der Banker (bzw. ihrer Aktionäre) zu belangen, werden die Verluste der Banken verstaatlicht und dadurch erst sozialisiert und den Steuerzahlern aufgebürdet.

### **Was ist also die eigentliche Krise?**

Das Bankensystem hat sich selbst ruiniert, aber nicht weil es die Regeln des Kapitalismus verletzt hat, sondern weil es sie konsequent befolgt hat:

Das Ziel war und ist nichts anderes als maximaler Gewinn, soziale Verantwortung oder Ethik bleiben außen vor.

Erst haben sich die Banken in einem Meer von Geld selbst ertränkt und gegenseitig in die Pleite getrieben. Jetzt aber haben die Banken einen Ausweg gefunden, das Ende des Kapitalismus nochmals in ein neues Aufblühen zu verwandeln: Zusammen mit den Medien sorgen sie dafür, dass sich die Struktur des Wirtschaftssystems nicht ändert, aber der Staat die Kosten trägt. Die Regierungen verfügen anscheinend jetzt über riesige Geldbeträge, die die Krise eindämmen sollen – ins Bankensystem gepumpt oder versprochen (Bürgschaften) und ohne demokratische Kontrolle der Vergaben.

Und auch die Medienwelt versagt, ein Korrektiv gegen gierigen Kapitalismus und hilflose oder lobbygesteuerte Politik zu sein. Der politische Journalismus verliert immer mehr an Kontur. Es fehlt daran, sich mit der Politik und auch untereinander kritisch auseinanderzusetzen: Wer die Politiker kontrolliert, muss selbst kontrollierbar sein durch gegenseitige harsche Kritik und Beurteilung. Aber heutzutage mangelt es auch unter Journalisten sehr an einer von innerer Überzeugung geprägten Haltung. Denn vor allem in den publizistischen Chefetagen gilt die Devise: Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus. Alle verbindet das primäre Interesse: Macht in den Medien und über die Medien. (\*2)

Die Medien als Sprachrohr jahrzehntelanger Propagierung der Atomenergie sind ein Beispiel für die Kungelei der Medienimperien mit den mächtigen Energiekonzernen, Unternehmensverbänden und Politikern. Trotz tödlicher Bedrohung für Leben und Umwelt konnte sich die Atomlüge behaupten, dass Atomstrom alternativlos billig, klimafreundlich und mit beherrschbarem Restrisiko erzeugbar sei.

**Sind die gigantischen Rettungsmaßnahmen vielleicht selbst die eigentliche Krise**, die als Alibi dafür dient, Leute zu entlassen, Lohnforderungen zu kürzen, Arbeitsschutzregeln abzubauen und Fehlspekulationen mit Steuergeldern auszugleichen?

Wird in der Krise auch das Ziel weiter verfolgt, in uns, in den Köpfen der Bürger, die Überzeugung weiter zu verankern, dass Marktwirtschaft und Kapitalismus alternativlos seien? (\*3)

Wenn wir in der Bundesrepublik weit zurückschauen bis 1972: Seither sind Marktwirtschaft und gemeinhin auch Kapitalismus ein zusätzlicher Grundpfeiler unserer „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ – im politischen Alltag als gleichwertig ins Spiel gebracht neben den sechs anderen Verfassungs-Grundpfeilern, die da sind: Menschenrechte, Rechtsstaat, Volkssouveränität, Demokratie, Gewaltenteilung und Mehrparteienprinzip. Am Nimbus, wonach Marktwirtschaft und Kapitalismus die Demokratie und den Rechtsstaat gewährleisten würden, halten die Herrschenden noch immer fest. Doch die Folgen der Krise zerstören gerade nachhaltig diesen Heiligenschein.

Wer Demokratien schützen will, muss zuallererst über Grundsätze einer ethisch-politischen Regulierung unseres Systems nachdenken.

Die kapitalistische Entwicklung ist der stärkste Generator für politische Spannungen zwischen reichen und armen Ländern, aber auch zwischen Armen und Reichen in einem Land. (\*1) Der entfesselte Kapitalismus hat getan, wofür er da ist, nämlich die Kapitalrenditen immer stärker in die Höhe getrieben und so die Schere zwischen arm und reich immer weiter geöffnet.

Der Anteil der Kapitalerträge am Volkseinkommen kann aber rein logisch nicht immer weiter wachsen: Arbeiter und Angestellte erhalten immer weniger vom Bruttosozialprodukt, das es zum Leben für immer größere Teile der Bevölkerung nicht mehr ausreicht. Dieses Kapitalwachstum taugt auch nicht zur Legitimation des Systems: Denn dann können die Gewinne nur noch zunehmen, wenn der Staat seine Steuergelder an die Banken und Unternehmen transferiert.

Genau das erzwingt und legitimiert - für die Systemerhalter - die gegenwärtige „Vertrauenskrise“. Doch jede dieser „Staatshilfen“ bedeutet eine Vergrößerung der Staatsverschuldung. Das hat schlimme Folgen für die Bevölkerung jetzt (siehe Griechenland, Irland, Portugal, Spanien) und ist eine schmerzhaft erblaste für die kommenden Generationen.

## **Es muss uns um den Schutz der Demokratie vor dem Kapitalismus gehen, um Grundsatzfragen, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. (\*3)**

Grundsätze, um in Staat und Gesellschaft die Bürger in den Mittelpunkt allen Handelns zu rücken sind:

- Gerechtigkeit und Chancengleichheit in Bildung und Beruf,
- Eindämmen der ausgeufernten wirtschaftlichen Ungleichheit,
- Solidarität einfordern sowie Absicherung der öffentlichen Daseinsfürsorge,
- und in den Unternehmen endlich die drei Produktionsfaktoren Arbeit + Naturgebrauch + Kapital rechtlich gleichzustellen.

Dringende Voraussetzung dafür ist, der Kapitalismus muss von außen an spekulativen Operationen und Manipulationen gehindert werden. Es muss Schutzvorkehrungen durch effektive politische Regulierungen geben und wahrhaft demokratische Instanzen für Führung und Kontrolle sind nötig:

- für die Vergabe von staatlichen Krediten und Bürgschaften
- für die Überwachung und Besteuerung der globalen Finanzströme sowie die Kontrolle der Aktivitäten von Fonds und Börsen
- mit politisch zur Rechenschaft verpflichteten (einklagbar mithaftenden) Verantwortlichen. In Politik und Verwaltung die Begleitung durch unabhängige Wissenschaftler, die nicht am Gängelband von Lobbyisten hängen.
- Und wir brauchen mehr Mitbestimmung zur Demokratisierung der Wirtschaft.

Doch das muss die Bevölkerung – hier wie anderswo -selbst in die Hand nehmen. Mit an die Wurzeln gehenden Ideen, Debatten und Forderungen. Nur wenn wir der Regierung unüberhörbar sagen, wie sie zu handeln hat, wird diese sich gegen die Lobbys durchsetzen, das Finanzsystem kontrollieren können und auch mehr Wirtschaftsdemokratie schaffen. (\*1). Um da Einfluss auszuüben, gehört Wissen und Wollen breit vertreten in die Gesellschaft hinein. Dazu kann auch unsere Attac-Aufgabe der ökonomischen Alphabetisierung beitragen.

## An Wut mangelt es nicht – aber bekommt so die **Bürgergesellschaft mehr Gewicht?**

„Jeder Umbruch bedeutet auch einen Neuanfang. Wenn die politischen Eliten mit ihrem Latein am Ende sind, bekommt die Bürgergesellschaft umso mehr Gewicht. Wir sind wieder mehr gefordert, selbst zu denken, zu argumentieren, uns zu engagieren. Die Planlosigkeit sogenannter Experten bedeutet also auch eine Chance für das Gemeinwesen – eine Rückbesinnung auf Gemeinschaftswerte und eine deutlich größere Bereitschaft zur Solidarität.“ (Prof H. Welzer, Kulturwissenschaftl. Institut in Essen). (\*4)

(\*5)

Der Protestforscher Prof. Roland Roth (Mitherausgeber des Standardwerkes über Protest in Deutschland, seit 1945) stellt zwar fest -- im taz-Interview zum 1. Mai 2009: „An Wut mangelt es nicht bei den Menschen überall.“ Doch so beschreibt er weiter die Situation bei uns: „Weder bei den Bürgern noch bei den Arbeitern existiert das Selbstbewusstsein, die tragende Schicht der Gesellschaft zu repräsentieren. Teile des Mittelstandes glauben pathologisch (noch) an die selbsteilende Kraft des Marktes. Und wenn der es nicht schafft, muss ihm eben der Staat helfen. Und Menschen, die von den vielfältigen Ausgrenzungen betroffen sind, auf dem Arbeitsmarkt, in abgehängten Regionen, in einer verfallenen öffentlichen Infrastruktur, sie wenden solche Erfahrungen eher gegen sich selbst – etwa in Depression, Sucht oder gar Suizid. Wir haben eine Kultur der Selbstzurechnung. Das lernen wir schon in der Schule: Jeder muss sich den gleichen Aufgaben stellen. Wer sie nicht meistert, ist automatisch ein Versager.“ Und sein Schluss daraus: „Diesen fatalen Mechanismus müssen wir überwinden.

Dafür braucht es tatsächlich auch bei uns den sozialen Protest. So wie in Frankreich, den USA oder England sich Aggression und Wut stärker nach außen gegen die Verursacher der Finanzkrise richten. (Jetzt müsste man ergänzen: Griechenland, Irland, Portugal). Protest ist jedenfalls gesünder, als die Wut in sich hineinzufressen.“

Die reale Reaktion bei uns in der Öffentlichkeit kennzeichnet Prof. Roth jedoch als 'symbolpolitische Drohkulisse': „Schon an der Wiege des Sozialstaats stand die Angst der Besitzenden vor Unruhen, die auch jetzt geschürt wird. Aber Gewerkschaften und (SPD) Parteien mobilisieren nicht selbst für eine Protestbewegung. Sie noch die Firmenchefs rechnen aktuell wirklich mit einer Revolte. Denn (SPD) Parteien haben den Kontakt zum wachsenden Prekariat von Arbeitslosen und Schlechtbeschäftigten weitgehend verloren. Sie könnten die Drohung gar nicht wahr machen und sich an die Spitze einer sozialen Protestbewegung stellen. Andererseits könnten sie diese auch nicht steuern oder verhindern, wenn es sie gäbe. Das wissen sie selbst.“

## **Wer also soll und kann mehr Demokratisierung des Finanzsystems und der Wirtschaft vorantreiben?**

(\*6)

Der Wirtschaftsprof., Diplomökonom und Diplombetriebswirt Heinz-Josef Bontrup, Sprecher der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, sieht die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie allerdings als eine Aufgabe, die besonders von den Gewerkschaften voranzutreiben ist: „Sie müssten die politischen Parteien vor sich hertreiben. Wenn sie es nicht tun, wird auch von der Politik nichts kommen“.

Er formuliert auch konkrete Forderungen:

- Die Form der wirtschaftlichen Partizipation ist die unternehmensbezogene Mitbestimmung, also die Mitbestimmung im Aufsichtsrat.

- Paritätische Mitbestimmung
- Bei Unternehmen für den Bereich Daseinsvorsorge – beispielsweise Energie, Wasser, Gesundheit – muss zusätzlich die Öffentlichkeit einbezogen werden. Bei Energieunternehmen also etwa Umweltschutzverbände.
- Auch ein funktionierendes Finanzsystem ist eine öffentliche Aufgabe: Die Banken müssen die Wirtschaft mit Geld versorgen und die Einlagen der Sparer sichern.  
Also müssen die Banken erstens verstaatlicht und zweitens demokratisiert werden.
- Die Qualität der Kontrollgremien muss verbessert werden,  
auch mit kompetenten Fachleuten – man braucht eine Art Qualitäts-TÜV.

(\*7)

Zur Überwindung der zu engen gewerkschaftlicher Wirkungsbereiche und deren Einflussbegrenzung kommen hier als **Zielgruppe die globalen politischen Konsumenten** ins Spiel.

Die Macht der Gewerkschaften stößt rasch an ihre Grenzen bei den mächtigeren Gegnern, den multinational tätigen Finanzinstitutionen und globalen Konzernen.

Ulrich Beck, Soziologe an der Uni München und ‚London School of Economics and Political Science‘ befasst sich mit transnationalen Bestrebungen in Gewerkschaften, um eine zukunftsfähige und machtvolle Gegenbewegung im Zusammenwirken mit politisch agierenden Konsumenten zu entwickeln: Er beschreibt das in der Veröffentlichung ‚Kosmopolitische Erneuerung der Gewerkschaften – Globalisierung von unten‘:

- Die gewerkschaftlich organisierte Gegenmacht der globalen Zivilgesellschaft beruht auf der Figur des politischen Konsumenten. Kampagnen wie Käuferboykotts oder gezielte Informationspolitiken können den Kaufakt in eine Abstimmung über die Rolle der Konzerne verwandeln, die diese mit ihren eigenen Waffen - Geld und Nichtkauf - schlägt.

Beck beschreibt u. a. einen Schritt in diese Richtung in den USA: ein Bündnis für eine Synthese von sozialer Bewegung und Gewerkschaft zu schließen.

2005 haben mehrere große amerikanische Gewerkschaften begonnen, als **Bewegungsgewerkschaft**, ‚Change To Win‘ nicht nur auf Streiks und Lobbyarbeit gegenüber Parteien, Parlament und Regierung zu setzen. Sondern sie erproben und integrieren jetzt das Machtinstrument der transnationalen sozialen Bewegungen wie Verbraucherboykotts, Informationskampagnen oder sogar den Kampf für Teilhaberechte und Staatsbürgerrechte von Migranten – mit welchem Erfolg bisher, darüber habe ich aktuell nichts gefunden. Doch prinzipiell ist der Ansatz richtig: Die Zerbrechlichkeit des Aktionärs- und des Konsumenten-Vertrauens zeigt die Zerbrechlichkeit der Legitimität weltweit agierender Konzerne. Das ist ihre Achillesferse. Auf diese können die spektakulären Aktionen transnationaler Gewerkschaftsbewegungen zielen.

Der Weg zu solch Formen neuer Kooperation ist hier wie anderswo sicher noch ein langer und auch mit viel Widerständen in den eigenen Reihen der Gewerkschaften gepflastert. Aber er eröffnet auch Perspektiven für eine wieder viel machtvollere Ausweitung in die Zivilgesellschaft hinein, um in die politischen Prozesse gestaltend einzugreifen.

## **Verbraucher macht Konzernen Druck**

Konzerne reagieren auch auf Druck, wenn sich ihre Kunden im Verbund massiv gegen sie wenden.

Gegen soziale Missstände, Umweltschäden, Ausbeutung durch ihre Firmen lassen sich Änderungen erreichen, wenn die Übel in breiter Öffentlichkeit gezielt angeprangert und in Kampagnen vom Boykott und mit Forderungen und Kontrollen begleitet werden. So in Aktionen gegen Lohndumping, schändliche Arbeitsbedingungen für unsere Billigimporte usw.

Doch auch ein Umsteuern von Konzern-Monopolmacht zu mehr Gemeinwohl-Ökonomie lässt sich durch uns Verbraucher erreichen – wie beim ganz aktuellen Beispiel der Abwanderung von den großen Energiekonzernen zu Ökostrom-Alternativ- bzw. Kommunal-Lieferanten.

## **Die Mitwirkung der BürgerInnen an Entscheidungen muss gestärkt werden.**

(\*8)

„Demokratische Entscheidungen sollten bürgernah gefällt werden. Volksentscheide sollen im Grundgesetz verankert werden“ – und „Entscheidungen sollten so bürgernah und in so kleinen Einheiten wie möglich fallen. Föderale Struktur, die kommunale Selbstverwaltung in Städten und Gemeinden, ist sehr wichtig“. Dafür setzt sich die Verfassungsrichterin Gertrude Lübbe-Wolff ein. Sie weist auf die fatale Entwicklung hin, dass die faktische Legitimation der Wahlen immer mehr abnimmt. Die Menschen sind frustriert und haben immer weniger das Gefühl, sie könnten mit ihrer Stimmabgabe für Parteikandidaten und starre Parteilisten alle vier Jahre überhaupt etwas ausrichten, die politische Richtung zu beeinflussen.

Verfassungsrichterin Lübbe-Wolf ist überzeugt, dass Volksabstimmungen eingeführt werden. Denn nur so können die BürgerInnen ihre differenzierten Vorstellungen auch differenziert zum Ausdruck bringen und anders entscheiden als auf der Linie der Partei, die sie zur Wahl hatten. Natürlich muss den Entscheidung sowohl Diskussion auf breiter Basis vorausgehen und auch vernünftige Differenzierungen und Kompromisse müssen eine Chance haben.

Entscheidungsstufen unten vor oben (= Subsidiarität), also föderale Entscheidungsprinzipien schaffen viele Gelegenheiten für die BürgerInnen, aktiv an der Entscheidung über öffentliche Angelegenheiten mitzuwirken. Und anstelle überall geltender einheitlicher Lösungen ist es im Sinne der Demokratie, wenn die Menschen möglichst dezentral entscheiden können, was sie für richtig halten. Es gibt keinen besseren Ort, um wirklich zu erfahren, was Demokratie bedeutet und warum sie gut ist.

Ein Umdenken, die Bürger als mitgestaltende Akteure einzubeziehen, prägt auch den aktuellsten Beitrag für eine umfassende Energiewende. Die aktive Bürgerbeteiligung wird nachdrücklich gefordert im

## **Gesellschaftsvertrag zur Nachhaltigkeit: „Die große Transformation“ für die Welt nach Atomkraft und Öl.**

(\*9)

Dies ist das Hauptgutachten der neun Professoren im „Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU)“ vom 7. April 2011.

Für die Umsetzung werden zwei wichtige neue Akteure hervorgehoben: die selbstorganisierte Zivilgesellschaft und die wissenschaftliche Expertengemeinschaft. Damit die Transformation gelingen kann, muss ein Gesellschaftsvertrag zur Innovation durch einen neuartigen Diskurs zwischen Regierungen und Bürgern innerhalb und außerhalb der Grenzen des Nationalstaats geschlossen werden.

Und auch die Ernennung von Ombudsleuten zur Wahrung von Zukunftsinteressen wird verlangt.

### **Mitwirken und entscheiden vor Ort und weit darüber hinaus (online).**

Vor Ort sind die Organisationen, Verbände, Gruppen und ihre Anhänger die aktiven Partner, um der Politik die Richtung zu weisen. Hinzu gekommen sind die Möglichkeiten des Internets, die ein wichtiges und wirkungsvolles Potenzial zur demokratischen Beteiligung und Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger bieten. Internet-Kampagnen werden zunehmend für politischen Protest genutzt. Sie sind erfolgreich als spontan reagierende und massenhaft unterstützte Online-Aktionen für die Verbreitung und Umsetzung politischer Forderungen.

Das Internet mit seinen Online-Formen als Diskussionsplattform, Abstimmungen, Unterschriftensammlung, Petitionen, Kampagnenaufufen zu lokalen Aktionen ist ein konkretes Mittel der Beteiligung und der politischen Einflussnahme der Zivilgesellschaft.

Beispielhaft will ich auf drei solcher Einrichtungen hinweisen:

#### **‘Mehr Demokratie’ -- [www.mehr-demokratie.de](http://www.mehr-demokratie.de)**

ist seit 1988 der Motor für Volksabstimmungen und besseres Wahlrecht – und hat viele weitere Kampagnen und Onlineaktionen voran gebracht.

Zu den besonders aktiven und erfolgreichen Unternehmungen gehören

#### **‘CAMPACT’ -- [www.campact.de](http://www.campact.de)**

Aus der Homepage:

Campact organisiert Kampagnen, bei denen sich Menschen via Internet in aktuelle politische Entscheidungen einmischen. Wenn Wirtschaftslobbyisten Gesetze diktieren wollen oder im Bundestag die Meinung der Bevölkerung nicht zählt, ist Campact zur Stelle. Schnelles Handeln verbindet Campact mit phantasievollen Aktionen, die Öffentlichkeit herstellen und Druck auf die Entscheidungsträger ausüben.

#### **‘Avaaz.org’ -- [www.avaaz.org/de/](http://www.avaaz.org/de/)**

Aus der Homepage:

Avaaz hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Einfluss der Ansichten und Wertvorstellungen aller Menschen – und nicht nur jener der politischen Eliten und Großunternehmen – auf globale Entscheidungen sicherzustellen. Die Mitglieder von Avaaz.org setzen sich für eine gerechtere und friedlichere Welt und für eine Globalisierung mit menschlichem Gesicht ein.

Ergänzend aus wikipedia:

Avaaz.org hatte im Febr. 2011 fast sieben Millionen Mitglieder und wächst weiter. Die Organisation operiert in 14 verschiedenen Sprachen und erreichte innerhalb eines Jahres 3 Millionen Mitglieder. Avaaz bedeutet „Stimme“ Avaaz.org wurde 2006 vom Kosmopoliten und Bürgerrechtler Ricken Patel und anderen gegründet und wird von Aktivisten aus der Schweiz, Brasilien, den USA, Argentinien und Großbritannien geleitet.

### **Schlussbemerkung:**

Gespenster erscheinen, verbreiten Furcht und richten Unheil an – aber sie sind nicht real. Leider ist das Kapitalismus-Krisengespenst ein ganz reales. Es ist greifbar nah. Wir spüren es. Und es wächst auch noch. Aber es ist auch angreifbar und soll uns nicht über den Kopf wachsen! Das erfordert von uns Ideen, Mut, Solidarität und Kampfwillen, um es klein zu kriegen und am besten ganz zu vertreiben.

## **VERWENDETE QUELLEN (auszugsweise):**

(\*1) Friedrich Krotz, seit 2003 Prof. für Kommunikationswissenschaft und soz. Kommunikation an der Uni Erfurt, zuvor Münster. Forschungsschwerpunkt ist der Medien- und Gesellschaftswandel. --- taz 19.2.09, der lange text, „Das Krisengespenst“.

(\*2) Albrecht von Lucke, Jurist und Politologe, Redakteur der 'Blätter für deutsche und internationale Politik' --- taz 18.2.09 „Kartell der Krawalljournalisten“

(\*3) Rudolf Walther, Journalist in Fft/M, arbeitet für deutsche und schweizerische Zeitungen --- taz 13.3.09, „Innenausstatter mit Ethik gefragt“

(\*4) Prof. Harald Welzer, Kulturwissenschaftliches Institut in Essen --- die Gesellschafter.de 3.09, „Weltwirtschaft am Abgrund, Über den individuellen Umgang mit der kollektiven Krise“

(\*5) Roland Roth, Bewegungsforscher und Prof. für Politikwissenschaft an der Hochschule Magdeburg-Stendal, Hrsg. zusammen mit Dieter Rucht: Standardwerk über Protest in Deutschland 'Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945' --- taz 30.4./1.5. 09 „An Wut mangelt es nicht“

(\*6) Heinz-Josef Bontrup, Dipl-Ökonom und Dipl-Betriebswirt, 1990-1995 Arbeitsdirektor in der Stahlindustrie, seit 1996 Prof. für Wirtschaftswissenschaft FH Gelsenkirchen, Sprecher der Arbeitsgr. Alternative Wirtschaftspolitik (jährl. Gegengutachten zur Prognose des Sachverständigenrats der Bundesregierung) --- taz 19.5.09, „Wir machen so weiter wie bisher. Unfassbar!“

(\*7) Ulrich Beck, Soziologie an Uni München und London School of Economics and Political Science, Arbeitsschwerpunkt: Wandel moderner Gesellschaften durch die Globalisierung. --- taz 18.7.08, „Globalisierung von unten. Kosmopolitische Erneuerung der Gewerkschaften“

(\*8) Verfassungsrichterin Gertrude Lübbe-Wolff, seit 2002 Richterin am Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts --- taz 20./21.5 09, „Volksabstimmungen kommen“

(+9) WBGU – Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Veröff. 7.4.2011  
[http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu\\_jg2011\\_ZfE.pdf](http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011_ZfE.pdf)